

«Es gab nicht die Kraft, strenger zu sein»

»Der kleine Prinz« ist ein Buch, in dem es auch um Macht und Vernunft geht. Thomas de Maizière hat es mehr als einmal gelesen. Und darin viele Weisheiten für die Politik entdeckt - gerade in Zeiten der Pandemie

Wir haben uns mit Thomas de Maizière verabredet, um mit ihm über gutes Regieren zu sprechen. Und über ein Buch: »Der kleine Prinz« von Antoine de Saint-Exupéry.

De Maizière, der Kanzleramtsminister, Bundesinnenminister und Verteidigungsminister war, hatte empfohlen, vorher noch mal reinzuschauen in das schmale Büchlein ...

DIE ZEIT: Herr de Maizière, Sie sagen, einer der besten Texte für Politiker und Staatsrechtler in der Pandemie sei *Der kleine Prinz*. Warum?

Thomas de Maizière: *Der kleine Prinz* ist oft kitschig missbraucht worden, aber mich hat er immer fasziniert. In dem Buch kommt ein kleiner Prinz auf verschiedene Planeten, auf denen jeweils nur ein Mensch lebt. Mal ist es ein Eitler, mal ein Säufer. Im zehnten Kapitel kommt der kleine Prinz auf einen Planeten, auf dem nur ein König wohnt.

ZEIT: Dieser König freut sich sehr, dass er jetzt endlich einen Untertan hat, weil ihn das erst zu einem richtigen König macht.

De Maizière: Genau. Dann will der kleine Prinz aber wieder abreisen, und es kommt zu einem Dialog, in dem tiefe Weisheit steckt. Der König sagt: *(liest vor)* »Wenn ich den Befehl erteile, dass sich ein General in einen Meeresvogel verwandeln soll, und der General gehorcht nicht, so wäre es nicht sein Fehler, es wäre mein Fehler.« Und ein bisschen später sagt er dann: »Man muss von jedem das verlangen, was er geben kann, Autorität erlangt man zuallererst durch Vernunft. Befiehlst du einem Volk, sich ins Meer zu schmeißen, so wird es eine Revolution anzetteln. Ich habe das Recht, Gehorsam zu verlangen, weil meine Befehle vernünftig sind.« Das heißt: Gerade auch in einer Demokratie muss der demokratische König, also der Gesetzgeber, Vernunft anwenden. Aber es braucht gleichzeitig einen freiwilligen Rechtsgehorsam, so nennen wir Juristen das, der dem Recht Unterworfenen. Wenn das nicht stattfindet, gibt es ein echtes Problem.

ZEIT: Die Begegnung fängt damit an, dass der kleine Prinz gähnen muss, weil er müde von der langen Reise ist. Der König will ihm das verbieten, aber der kleine Prinz sagt, er könne das Gähnen nicht unterdrücken. Daraufhin befiehlt der König dem kleinen Prinzen zu gähnen. »Denn der König war sehr darauf bedacht, dass seine Autorität respektiert werde. Er duldet keinen Ungehorsam. Er war ein absoluter Monarch. Aber da er auch sehr gütig war, gab er vernünftige Befehle.« Die Vernunft richtet sich also nicht nach dem Gebotenen oder Gewünschten, sondern nach dem, was der Untertan bereit ist zu tun.

De Maizière: Unser König hier ist opportunistisch: Damit seine Autorität nicht angetastet wird, befiehlt er das, was der kleine Prinz ohnehin gerade macht. Regieren kann nicht heißen: Alle wollen gähnen, also befiehlt man das Gähnen. Aber das andere Extrem wäre auch nicht vernünftig: einfach befehlen, was einem richtig vorkommt, ohne nachzudenken, ob das sinnvollerweise auch befolgt werden kann.

ZEIT: Das heißt für Politik in Zeiten der Pandemie ...

De Maizière: ... wenn Sie Ausgangsbeschränkungen oder Kontaktverbote verhängen, ist das flächendeckend nicht kontrollierbar, sondern es setzt voraus, dass die meisten Menschen sich aus Vernunft daran halten. Solange es nur ein paar Ausreißer gibt, kann die Polizei damit umgehen. Werden es zu viele, ist der Staat machtlos. Dieses Verhältnis steht in der Demokratie immer unter Spannung.

ZEIT: In der ersten Phase der Pandemie war die Folgebereitschaft sehr hoch.

De Maizière: Vielleicht sogar ein bisschen übertrieben. Jetzt ist es eher so, dass die Bürger so ungeduldig geworden sind, dass sie Regeln nicht mehr uneingeschränkt akzeptieren.

ZEIT: Waren es in der ersten Phase Einsicht und Vernunft, die zu der hohen Zustimmung geführt haben, oder war es Angst?

De Maizière: Wahrscheinlich eine Mischung. Und ebenso eine Mischung von Angst und Vertrauen. Angst davor, krank zu werden, und gleichzeitig Vertrauen, dass »die da oben« das irgendwie schon richtig machen. Frau Merkel, die vorher ganz schlechte Umfragewerte hatte, schoss hoch in den Umfragen, weil viele Menschen das Gefühl hatten: Das ist ein vernünftiger König - in der Sprache des kleinen Prinzen.

ZEIT: Merkel, um im Bild des kleinen Prinzen zu bleiben, wurde durch die Folgsamkeit der Bürger erst zur guten Königin - und dann immer stärker nicht mehr als Königin akzeptiert. Lag das auch daran, dass

sie zwar von einer »Jahrhundertkatastrophe« gesprochen, aber nicht danach gehandelt hat!

De Maizière: Was vernünftig ist oder nicht, ist immer umstritten. Oft klärt es sich erst durch das Ergebnis. Ich glaube, im Nachhinein wird man sagen können: Im Oktober waren wir zu locker. Auch verführt durch einen guten Sommer, haben wir gesagt: Wir wollen jetzt - in der Sprache des kleinen Prinzen - gähnen.

ZEIT: Und dann wurde erlaubt zu gähnen.

De Maizière: Genau. Es gab nicht die politische Kraft, strenger zu sein.

ZEIT: Warum fehlte die Kraft?

De Maizière: Das hängt mit unseren Willensbildungsprozessen zusammen. Die sind langsam, abwägend, sie sind vielgestaltig. Diese Vielstimmigkeit bewirkt normalerweise eine gewisse Richtigkeit des Ergebnisses. In der Krise geht das nicht. In der Krise muss man schnell handeln. Entscheidungen müssen verbindlich sein, egal auf welcher Ebene. Deswegen sollte eine Lehre für die Zukunft sein, dass wir für solche Krisen andere Verfahren brauchen.

ZEIT: Wie stellen Sie sich das vor?

De Maizière: Wir brauchen einen ebenenübergreifenden Krisenstab von Bund, Ländern und Kommunen, der verbindliche Regeln beschließt und Weisungsbefugnisse hat. Es kann nicht sein, dass sich ausgewachsene Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin darüber verständigen, dass eine bestimmte Software in Gesundheitsämtern eingeführt wird, und einige Landkreise sagen: Nö, ich möchte das nicht. Es muss einen zeitlich befristeten Ausnahmezustand geben können, der im Grundgesetz verankert wird.

ZEIT: Ausnahmezustand qua Grundgesetz? Das klingt heftig.

De Maizière: Es muss rechtliche Regeln für den Ausnahmezustand geben. Das gilt gar nicht mal so sehr für eine Pandemie, sondern auch für andere große Katastrophen, wie die Bewältigung eines flächendeckenden Stromausfalls oder einen entsprechenden Cyberangriff, für Waldbrände, die Ländergrenzen überschreiten. Alle föderalen Staaten der Welt haben für solche Fälle verbindliche Regeln und Mechanismen - nur wir nicht. Wir brauchen ein Katastrophenschutzgesetz für den Bund.

ZEIT: Sie wollen eine Art Notstandsgesetzgebung ...

De Maizière: Unsere Notstandsregeln im Grundgesetz funktionieren nicht, weil sie nur für einen äußeren Angriff gedacht sind, für den Krieg. Mein Vorschlag ist: Wir streichen die aus der Verfassung und schaffen stattdessen Normen für einen geregelten Ausnahmezustand. Den legt das Parlament fest, nicht die Regierung. Er sollte befristet und an äußerst strenge Kriterien gebunden sein.

ZEIT: Es geht um eine Zentralisierung von Entscheidungen?

De Maizière: Nein, es geht um die Verbindlichkeit von Entscheidungen. Dazu gehört der Verzicht auf Mikrosteuerung. Es gehört nicht auf den Tisch der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten, ab wie vielen Quadratmetern in Baumärkten eingekauft werden darf. Aber so etwas wie Grenzkontrollen innerhalb Deutschlands, das muss zentral und verbindlich geklärt werden. Und dann wird es durchgesetzt.

ZEIT: Lassen Sie uns noch mal auf den *Kleinen Prinzen* und auf die Begriffe Angst und Macht zurückkommen. In Ihrem Beispiel vom *Kleinen Prinzen* steckt auch eine Machtfrage: Der Gesetzgeber oder der König hat die Macht, Gesetze zu machen, aber die Macht, sich nicht daran zu halten, ist eigentlich viel größer. Denn letztlich ist der König gar kein Machthaber mehr, wenn ihm niemand folgt. Ist es der Regierung in der Pandemie auch so ergangen.

De Maizière: Wenn nach einem großen Rockkonzert oder Fußballspiel die Zuschauerinnen und Zuschauer nach Hause wollen und über die Straße zur Bahn und zum nächsten Parkplatz gehen statt über den Bürgersteig, ist das eigentlich eine nicht erlaubte Sondernutzung. Trotzdem sagt jeder, sogar die Polizei: Das ist vernünftig, weil es erstens praktisch ist, zweitens nicht gefährlich und außerdem nur eine halbe Stunde dauert. Wenn aber eine relevante Gruppe von Fußgängern beschließt, immer über die Autobahn zu gehen, muss der Rechtsstaat sich etwas überlegen. Sonst bekommt er ein Legitimationsproblem.

ZEIT: Ist es nicht in der Pandemie so gewesen, dass Befehle gegeben wurden, die vernünftig waren, die auch hätten befolgt werden können, aber dann fehlte es an der Durchsetzung? Und dann werde ich als rechtstreuer Bürger irgendwann böse, wenn ich der Einzige bin, der eine Maske in der Bahn trägt oder abends brav zu Hause bleibt ...

De Maizière: Eine gewisse Unschärfe beim Durchsetzen von Gesetzen kennt der Rechtsstaat auch in anderen Fällen. Wenn Sie zu schnell fahren, gibt es eine Toleranzgrenze. Bei Demos wird der schwarze

Block oft nicht aufgelöst, obwohl es ein Vermummungsverbot gibt. Das hat mit Deeskalation zu tun. Aber diese Karenz darf nicht zu groß sein. Eine »Querdenker«-Demo mit zehntausend Leuten, die keine Maske tragen, ist zu groß. Da wird der normale Bürger sauer und sagt: Und ich darf nicht mal meinen Nachbarn einladen. Mich hat das sehr geärgert. Den harten Corona-Leugnern hat man zuweilen zu viel durchgehen lassen.

ZEIT: Sie haben vorhin gesagt, der König im Kleinen *Prinzen* sei opportunistisch. Gab es nicht auch in der Pandemie eine deutliche Angst der Politik vor dem Bürger? Uns schien die Politik eigentlich meist nur das zu befehlen, von dem man angenommen hat, dass die Bürger dem auch sofort zustimmen würden.

De Maizière: Das Wort Angst ist mir zu stark. Aber ja, es gab schon die Überlegung, ob es eine Chance gibt, dass Regeln auch befolgt werden.

ZEIT: Ein Feld, auf dem wir eine seltsame Zaghaftheit wahrgenommen haben, war der Datenschutz, Stichwort Corona-App. Wurde da aus Furcht vor dem Aufschrei der Netzgemeinde oder vor dem Protest der Datenschützer zu wenig getan?

De Maizière: Das stimmt. Ein Beispiel: Die erste App, die entwickelt wurde, angeregt vom Kanzleramt, war funktional hervorragend, die erlaubte es, Corona-Infektionen und Begegnungen mit Corona-Infizierten direkt an das RKI zu übermitteln. Aber da haben dann Wissenschaftler und Blogger protestiert. Insofern, ja, es ist richtig, wir haben viele Grundrechte eingeschränkt, aber nicht den Datenschutz. Deswegen ist auch die Kritik an der Corona-App meines Erachtens ungerecht. Die kann genau das, was sie soll. Aber sie soll zu wenig können, das ist das Problem.

ZEIT: Sie haben gerade ein Buch über Führung in Politik und Wirtschaft geschrieben. Darin heißt es, ein Politiker müsse nicht unbedingt ein guter Fachmann sein, »aber immer ein guter Übersetzer«. War die Bundesregierung eine gute Übersetzerin in der Pandemie?

De Maizière: Wenn fünf Minister und acht Ministerpräsidenten etwas Unterschiedliches sagen, dann kann jeder für sich eine gute Übersetzungsleistung bringen, aber insgesamt ist das nicht der Fall. Deshalb wäre ein institutionalisierter Krisenstab gut, der die Hauptkommunikation übernimmt. Die Chefs konzentrieren sich dann auf die großen Linien.

ZEIT: Dürfte man aus dem Krisenstab twittern und »livetickern«, so wie das in den Runden der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Fall war?

De Maizière: Nein! Unerträglich!

ZEIT: Wie würden Sie das Problem lösen?

De Maizière: Ich war einmal als Innenminister zu Gast im französischen Kabinett. Da musste ich selbstverständlich mein Handy abgeben, so wie alle französischen Minister.

ZEIT: Warum ist das bei uns nicht so?

De Maizière: Ich habe mal als Kanzleramtsminister einen schüchternen Versuch gemacht, da wurde ich mitleidig belächelt.

ZEIT: Ist das nicht auch ein Zeichen von Furcht oder von Machtverfall, wenn man so etwas nicht unterbinden kann?

De Maizière: Es ist jedenfalls eine Art von Disziplinlosigkeit oder Erosion von Zusammenhalt. Und das ist nicht gut, schon gar nicht in einer Krise.

ZEIT: Wir wollen zum Schluss noch mal auf den *Kleinen Prinzen* kommen. Am Ende will der kleine Prinz abreisen, und der König ist traurig, denn er wird jetzt seinen Untertan verlieren ...

De Maizière: Er hat ja sonst keinen!

ZEIT: Genau. Er will den kleinen Prinzen deshalb zum Justizminister machen. Der kleine Prinz sagt: Aber es ist ja gar keiner da, über den ich richten kann. Darauf sagt der König: Du wirst über dich selbst richten, das ist das Schwerste.

De Maizière: Vor allem finde ich den Satz schön: (*liest vor*) »Wenn du es schaffst, über dich selbst ein Urteil zu fällen, dann bist du ein wirklich weiser Mensch.« Wir machen es uns oft so leicht in unserer Gesellschaft, die Bevölkerung gegenüber der Politik, auch Wissenschaft gegenüber der Politik, auch Politiker untereinander. Wir fällen superschnell Urteile über andere. Über sich selbst nachzudenken, über sich selbst ein ehrliches Urteil zu fällen ist unglaublich schwierig.

Die Fragen stellten **Tina Hildebrandt**
und **Heinrich Wefing**